

oder möglichen Aufhebung hängt ja prinzipiell ab, ob der Verfassungsschutz evtl. mit exekutiven Funktionen ausgestattet wird oder ob die Polizei noch mehr und vor allem mit der Weihe einer bundesgesetzlichen Entscheidung (einige Landespolizeigesetze haben schon weitgehende Regelungen aufgenommen) nachrichtendienstliche Mittel und Methoden insbesondere im „Vorfeld“ von Straftaten, d.h. ohne daß ein Tatverdacht vorhanden sein muß, einsetzen darf.

Der sarkastischen Bemerkung eines Referenten, man reagiere typisch deutsch und streite erst einmal um die Kompetenzen, kann man sich nur anschließen. Ernster zu nehmen ist jedoch die Aussage, daß in diesem „Vorfeld“ legale Handlungen der Bürger durch Geheimdienste kontrolliert und bewertet werden. Deshalb kann man nur die Forderung unterstützen, daß dieses Vorfeld für den Staat tabu bleiben muß. Die praktische Politik der Koalition und die Positionen der SPD in der Diskussion um die „Innere Sicherheit“ lassen jedoch befürchten, daß es dafür schon sehr spät ist.

Zu den grundsätzlichen Fragen, die in diesen zwei Tagen nur in wenigen vagen Andeutungen erwähnt wurden, sind vorrangig die sozialen Ursachen und politischen Bedingungen für die Entstehung und Entwicklung bestimmter Formen der Kriminalität zu rechnen. Die Vertreterin einer Bürgerinitiative sprach das Problem in der Diskussion an, aber die Tagung reagierte nicht. Damit hat eine Fachtagung, die sich nicht den gesellschaftlichen Ursachen eines Phänomens zuwendet, über das gestritten werden soll, eigentlich ihre Aufgabe verfehlt. Jedoch ist klar, daß eine ernsthafte Beschäftigung mit diesen sozialen und politischen Bedingungen sehr schnell dazu hätte führen können, die soziale Ordnung, die so etwas hervorbringt, in Frage zu stellen - und das bei Anwesenheit des Präsidenten des BfV!

Interessant und bereichernd waren die kritischen Beiträge der ausländischen Teilnehmer am ersten Tag.

Sie berichteten z. B. aus der an demokratischen Traditionen so reichen Schweiz, daß bis 1989 dort rund 900.000 Personen (bei einer Einwohnerzahl von 6,5 Millionen) wegen ihrer politischen Haltungen und Aktivitäten durch die politische Polizei und die Geheimdienste erfaßt wurden. Aus Italien kam die Warnung über die engen Verflechtungen zwischen Mafia und Geheimdiensten und der Redner aus Großbritannien verwies u.a. auf das Eigenleben der Geheimdienste, die immer wieder neue Bedrohungen erfinden, um ihre Existenz weiter zu rechtfertigen.

Leider kann ein Konferenzbericht nur die Spannungsfelder in der Auseinandersetzung andeuten. Dieses Mal saß nun einer mit im Saal, der das Gebotene sowohl als